

Für eine solidarische und konsequente Sicherheitspolitik

Positionspapier des AK Sicherheitspolitik der SPD Berlin

Unsere Art zu leben ist bedroht. Kriege nehmen zu und beeinflussen unseren Alltag oft unterhalb der Schwelle konventioneller Gewalt. Dabei ist die Russische Föderation auf absehbare Zeit die größte militärische Bedrohung für unsere Freiheit.

Chinas Unterstützung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, Spionageaktivitäten, Cyberangriffe oder islamistischer Terrorismus stellen weitere ernsthafte Herausforderungen dar, denen wir uns stellen müssen. Auch die gezielten Versuche, unsere parlamentarische Demokratie von innen heraus zu destabilisieren, bedrohen unsere freiheitliche Lebensweise.

Wir brauchen eine neue sozialdemokratische Antwort auf die drängenden sicherheitspolitischen Fragen. Wir fordern eine solidarische und konsequente Sicherheitspolitik!

Eine solidarische Sicherheitspolitik bedeutet: Der Staat, das sind wir. Nur gemeinsam können wir unsere tolerante, freiheitliche und rechtsstaatliche Lebensweise schützen. Eine konsequente Sicherheitspolitik stellt sich auch unbequemen und brutalen Wahrheiten. Sie bietet sachliche Antworten und entschlossene Maßnahmen. In letzter Konsequenz kann dies auch die Verteidigung mit militärischen Mitteln erfordern.

Der Schutz unserer Republik fordert eine wehrhafte Gesellschaft

Jede Person, jede Institution und jede Organisation trägt Verantwortung für die eigene Resilienz. Staatliche Krisen- und Katastrophenvorsorge greift erst dort ein, wo die Eigenvorsorge an ihre Grenzen stößt. Eine konsequente Sicherheitspolitik fordert neben dem militärischen Operationsplan in den Bundesländern korrespondierende zivile Operationspläne mit tragfähigen und belastbaren Strukturen. Das Land Berlin muss dabei als Hauptstadt vorangehen und bedarf eines besonderen Schutzes. Das Bundesministerium des Innern muss eine starke, koordinierende Rolle für die länderübergreifende Zusammenarbeit übernehmen.

Unsere Sicherheit ist gefährdet, wenn das Verständnis von Staat und Gesellschaft durch Destabilisierung verzerrt wird. Zur Stärkung der inneren Wehrhaftigkeit muss die Kultusministerkonferenz moderne Konzepte für sicherheitspolitischen Unterricht in allen weiterführenden Schulen entwickeln und entsprechende Bildungsangebote anderer Einrichtungen gezielt fördern.

Sicherheit durch konsequente Abschreckung

Unsere Bundeswehr muss zu den modernsten Streitkräften zur Verteidigung und Abschreckung in Europa werden. Unter parlamentarischer Kontrolle leistet sie einen signifikanten Beitrag zur Verhinderung von weiteren Kriegen in Europa.

Der neue Wehrdienst ist ein Akt der Solidarität mit der Gemeinschaft. Er ist eine Chance für die persönliche Entwicklung des Einzelnen und für den personellen Aufwuchs der Streitkräfte. Eine konsequente Sicherheitspolitik fordert die Verankerung einer modernen Bedarfswehrpflicht im Grundgesetz. Die Wehrfähigkeit des Einzelnen ist dabei unabhängig vom Geschlecht an die körperliche und charakterliche Eignung sowie das persönliche Gewissen zu knüpfen. Menschen, die aus Gewissensgründen keinen Wehrdienst leisten wollen, müssen im Sinne der Solidarität einen zivilen Ersatzdienst leisten.

Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen die beste Ausrüstung und Ausbildung zur Erfüllung ihres Auftrags. Für moderne Ausrüstung mangelt es nicht an Innovation, sondern an der konsequenten Nutzung des exzellenten Innovationsökosystems in Deutschland. Wirtschaft, Wissenschaft und Staat müssen dafür enger zusammenarbeiten, damit neue Technologien schneller verfügbar werden.

Die Beschaffung muss deshalb grundlegend neu organisiert werden: dezentral in der Truppe und in kleinen, schnell verfügbaren Tranchen, um kurzfristige Bedarfe flexibel zu decken, sowie zentral koordiniert bei großen und übergreifenden Vorhaben. Voraussetzung dafür ist eine klare Verantwortungszuweisung und eine Führungskultur, die eigenständige Entscheidungen auf allen Ebenen ermöglicht.

Eine konsequente Sicherheitspolitik braucht belastbare Informationen

Unsere Nachrichtendienste haben unter parlamentarischer Kontrolle auf Augenhöhe mit den Diensten unserer Bündnispartner zusammenzuarbeiten. Sie müssen Informationen zuverlässig beschaffen und auswerten. Dafür sind Aufgaben und Befugnisse zu erweitern, die Dienste personell zu stärken und ihre technologischen Fähigkeiten deutlich zu verbessern. Insbesondere die Datenschutzregeln sind den neuen Aufgaben anzupassen.

Speziell der Bundesnachrichtendienst muss operativer handeln dürfen. Dafür bedarf es neben einer nachhaltigen politischen Rückendeckung klarer gesetzlicher Befugnisse, moderner technischer Instrumente und flexiblerer Einsatzmöglichkeiten. Wir unterstützen die hierfür angestrebte Novellierung des BND-Gesetzes ausdrücklich.

Eine dauerhafte, ressortübergreifende Koordinierung und systematische Zusammenführung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse auf Bundesebene ist zwingend erforderlich. Dies erfordert die Einrichtung eines Nationalen Nachrichtenrates mit eigenem analytischem Unterbau, angebunden an den Nationalen Sicherheitsrat und unter Führung eines Nationalen Sicherheitsberaters.

Nachrichtendienste sind stärker in Forschung und Lehre zu verankern. Bund und Länder sind aufgefordert, gezielte Forschungsprogramme zur Nachwuchsgewinnung aufzulegen und europäische Kooperationen auszubauen. Berlin muss als sicherheitspolitisches Zentrum unseres Landes vorangehen und gemeinsam mit dem Bund universitäre

Programme fördern, die Wissenschaft und sicherheitspolitische Akteure in der Hauptstadt systematisch vernetzen.

Deutschlands Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur

Sicherheit in Europa ist nur gemeinsam zu gewährleisten; durch verlässliche Bündnisse, klare Zuständigkeiten und solidarische Lastenteilung. Dabei ist Deutschlands Sicherheitspolitik fest in NATO und Europäischer Union verankert.

Militärische Fähigkeiten müssen dort gebündelt werden, wo sie wirksam sind. Die NATO bleibt die tragende Säule europäischer Verteidigung. Ihre Kommandostrukturen sollten in Anerkennung unserer gestiegenen Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, dezentralisiert werden. Wir fordern neben einer amerikanischen eine europäische Säule, die den Europäern den Oberbefehl für die Verteidigung Europas überträgt. Eine solidarische Sicherheitspolitik verlangt zudem die konsequente Erfüllung der NATO-Planungsziele, insbesondere beim Schließen kritischer Fähigkeitslücken in den Dimensionen Luft und Weltraum, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern.

Besondere Bedeutung hat unsere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich. Die französischen Vorschläge eines gemeinsamen nuklearen Schutzschirms für Europa sollten aufgegriffen und in all ihrer Komplexität diskutiert werden.

Die Europäische Union entfaltet ihre sicherheitspolitische Wirkung vor allem in der Industrie- und Finanzpolitik. Die EU-Institutionen und ihre Mitgliedstaaten müssen folglich die Standardisierung von Rüstungsgütern vorantreiben, die Kapitalmarktunion vertiefen und private Investitionen in die europäische Verteidigungsindustrie erleichtern. Nur so können die notwendigen Skaleneffekte und eine kollektive europäische Beschaffung erreicht werden.

Unser Selbstverständnis

Die Zukunft Europas lässt sich nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern gestalten. Deutschland ist daher gefordert, die Zeitenwende konsequenter als bisher umzusetzen. Nur wenn wir selbst wehrhaft sind, können wir Verantwortung übernehmen und einen verlässlichen Beitrag zur Sicherheit Europas leisten. Das verlangt, neue sicherheitspolitische Realitäten frühzeitig zu erkennen und unsere Antworten entschlossen und solidarisch auszurichten.

Der Arbeitskreis Sicherheitspolitik der SPD Berlin will hierzu aus der Hauptstadt heraus seinen Beitrag leisten: Wir wollen vorangehen, Debatten anstoßen und Impulse setzen - für eine moderne sozialdemokratische Sicherheitspolitik, die Freiheit schützt, Verantwortung übernimmt und Europas Zusammenhalt stärkt. Solidarisch und konsequent.